



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Deutsche Geschichte

Class, Heinrich

Leipzig [u.a.], 1921

Bethmanns Ende

[urn:nbn:de:hbz:466:1-83815](https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:466:1-83815)

Was liegt in diesen Feststellungen eingeschlossen! Wo hat in aller Geschichte ein anderes Volk Ähnliches geleistet? Und welches heldentum bewährten Offiziere und Mannschaften in den furchtbar schweren Abwehrschlachten des Westens, die an die Nerven, an Mut und Ausdauer unerhörte Anforderungen stellten. Wer sich in der Heimat einen Begriff von alledem machen konnte, war ergriffen von dem Opferwillen an der Front, und beschämte, wenn er den Zustand zu Hause betrachtete.

Bethmanns Ende.

Die äußere Gefahr, in der sich das Vaterland bei Beginn des dritten Kriegsjahres befand, blieb auf die Kreise, die seine innere Not auf dem Gewissen hatten, ohne Eindruck. Im Gegenteil: ihre Parteiführer, ihre Presse setzten das schändliche Treiben fort, die Willensschwäche und Hilflosigkeit der Regierung zum Vorteil ihrer reichsschädlichen Machtgelüste auszunutzen — und kein Kaiser und Kanzler, kein Bundesfürst oder einzelstaatliches Ministerium fand den Entschluß, solchem Tun entgegenzuwirken; einzige die in der Minderheit befindlichen staatstreuen Parteien, die Völkischgesinnten im Lande und ihre Presse taten ihre Pflicht, fanden aber kein Gehör — auch wo einer oder der andere tüchtige Minister in den Bundesstaaten zum Widerstand mahnte, scheiterte er an der Entschlußlosigkeit seiner Amtsgenossen.

Durch den Fehlschlag des deutschen Unternehmens gegen Verdun war das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung, deren Haupt damals Falkenhayn war, schwer erschüttert worden, und die Kriegserklärung Rumäniens hatte auf die deutsche Öffentlichkeit tief gewirkt. Gegen Falkenhayn bestand beim Kanzler schon lange Groll und Misstrauen, aber solange er der Bevorzugte des Kaisers war, hatte er nicht gewagt, auf seine Abberufung zu dringen. Erst als auch die kaiserliche Gunst sich wandte, hatte er es durchgesetzt, daß dieser General von der Stellung als Chef des Generalstabs des Feldheeres enthoben und durch die vom unbegrenzten Vertrauen des Volkes getragenen siegreichen Feldherren des Ostens ersetzt wurde.

Schon Ende 1914 waren Verdienst und Fehler des Generals Falkenhayn Unterrichteten kein Geheimnis mehr. Sein Verdienst bestand darin, daß er nach der Marneschlacht, als im großen Hauptquartier alles den Kopf verloren hatte, sich dem Kaiser mutig zur Verfügung stellte und auch wirklich die Zügel mit fester Hand ergriff. Seine Fehler zeigten sich, indem er, der als Kriegsminister aushilfsweise auch den Posten des Generalstabschefs übernommen hatte, nicht nur beide Posten in der Hand behielt, sondern auch die ihm so verliehene Macht dazu ausnützte, um die Entfaltung der überragenden Feldherrnschaft Hindenburgs und Ludendorffs zu verhindern. Die besten Köpfe des Heeres erkannten es schon im Hinblick auf die neuzeitlichen Verkehrsverhältnisse und auf die technische Ent-

widlung, durch welche die Kriegsführung weit über die Maße von 1870 hinausgewachsen war, als unmöglich, daß in diesem Kriege die Arbeit, die damals zwei Männer von der Größe Roos und Moltkes ausgefüllt hatte, von Falkenhayn allein geleistet werden könne, zumal da der Generalstabschef bei der Unzulänglichkeit der politischen Leiter sich notgedrungen um politische Angelegenheiten kümmern mußte — wofür gerade General von Falkenhayn ausgesprochene Eignung besaß. Trotz der offenkundigen Unvereinbarkeit der beiden Ämter, erreichte der Kanzler es erst im Januar 1915, daß der Generalstabschef das Kriegsministerium abgab. Gegen das Verbleiben des Generals in der Obersten Heeresleitung unternahm er nichts, obwohl er darüber im Klaren war, daß die Art der Begabung und der Charakter dieses Mannes für die Kriegsführung verhängnisvoll werden müsse. Alles Drängen Unterrichteter und Wohlmeinender vermochte ihn nicht dazu, beim Kaiser die Abberufung Falkenhayns zu beantragen, solange er ihn in der Gunst des obersten Kriegsherrn wußte — dagegen wurde halbamtlich und von derart beeinflußten Stellen ein häßlicher unterirdischer Zeitungskrieg gegen den Generalstabschef geführt. Als dieser nach dem Mißerfolg von Verdun seines Postens enthoben wurde, wußten Bethmann Hollweg und seine Anhänger gegenüber den Männern, die doch allein für die Oberste Heeresleitung in Betracht kamen, einen Anspruch auf Dankbarkeit damit zu begründen, daß er den Wechsel veranlaßt habe. Wirklich gelang es ihm — besonders durch die Beeinflussung der gesamten öffentlichen Meinung — bei vielen Gutgesinnten, die von dem wahren Sachverhalt keine Ahnung hatten, den Schein des Verdienstes zu erwecken.

Wie die neuen Männer der Obersten Heeresleitung ihre Aufgabe anfaßten, und durchführten, haben wir gehört und wissen, daß es ihnen gelang die kriegerische Gefahr zu bannen. Was wunder, wenn die Vaterlandsfreunde aufatmeten und hofften daß sie auch mit starker, rettender Hand in die politische Geschäftsführung eingreifen und der inneren Not ein Ende bereiten würden.

War dieser Glaube sachlich ungerechtfertigt? Die ihn hegten, wußten, daß der Krieg „Politik mit anderen Mitteln“ ist; sie fanden deshalb, daß ihm als der folgenschwersten Art von Politik alle inner- und außerpolitischen Einzelmaßnahmen unterzuordnen seien, und trauten Hindenburg und Ludendorff die Erkenntnis und Entschlußkraft zu, sich als oberste Leiter des Krieges in den damit verbundenen Fragen der inneren und äußeren Politik zurechtzufinden und in beide nach den Notwendigkeiten der Kriegsführung einzugreifen. Die Hoffnung dieser Kreise ging, kurz gesagt, dahin, daß die beiden Feldherren, die recht eigentlich erst festen Plan in die deutsche Heeresleitung gebracht hatten, je länger je mehr die staatsmännische Führung des Krieges übernehmen würden.

Es ist zum Schicksal des deutschen Volkes geworden, daß sie das nicht taten. Angesichts dieser verhängnisvollen Tatsache muß auf die Umstände hingewiesen werden, durch die diese Hoffnung der Reichstreuen vernichtet wurde. Aus der Kennzeichnung der Persönlichkeiten Hindenburghs und Ludendorffs wissen wir, daß der Feldmarschall nach der preußischen Offiziersüberlieferung — abgesehen davon, daß er ganz im alten Royalismus wurzelte — unpolitisch war, während sein erster Generalquartiermeister vor Jahren bei der Bearbeitung der Frage, ob die Stärke des deutschen Heeres gegenüber derjenigen der voraussichtlichen Feinde genüge, macht- und außerpolitisches Verständnis bewiesen hatte. Nun mußte sich zeigen, ob die royalistische Grundrichtung des Feldmarschalls ihm die Witterung für die Gefahren gab, die eine falsche Leitung der Staatsgeschäfte dem preußischen Königtum und gleichzeitig dem mit ihm durch das Kaiserthum verbundenen deutschen Reich und Volk bereitete, und ob aus dieser Witterung eine einheitliche Auffassung der Lage, ein großer Entschluß zu ihrer Rettung sich ergäbe. Bei Ludendorff war abzuwarten, ob sein politischer Instinkt die Gestalt staatsmännischen Erfassens, Durchdenkens und Gestaltens der unendlich schweren Aufgabe, die der politische Retter des Vaterlandes zu lösen hatte, annehmen werde. Bei beiden endlich war die Frage, ob sie — von den Geschäften der Obersten Heeresleitung in einem solchen über zwei Weltteile ausgedehnten Kriege in Anspruch genommen — die Berater suchen und finden würden, welche die für die Feldherrn notwendigen staatsmännischen Entschlüsse auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik mit Sachkunde und Weitblick vorzubereiten hätten, denen insbesondere auch die verschlungenen innerpolitischen Vorgänge vertraut waren und die über hinreichende Kenntnis der in der Heimat politisch tätigen Personen verfügten.

Die Entwicklung zeigte, daß diese drei bedeutsamen Fragen nicht restlos günstig für das deutsche Volk beantwortet wurden — der Rest war so groß, daß er den Ausgang des Krieges unheilvoll beeinflußte. Der Feldmarschall wurde, als der Royalist in ihm erkannte, daß Bethmann Hollweg die Krone gefährde, politisch, indem er in scharfe Gegnerschaft zu dem Kanzler geriet; zu einer staatsmännischen Gesamtbetrachtung der Lage des Vaterlandes gelangte er nicht — leider auch nicht zu der Erkenntnis, daß ein Royalist in so entscheidungsvollem Amte, wie er es bekleidete, gegebenenfalls mit stärksten Mitteln auf seinen König einwirken muß, um ihn vor Schaden zu bewahren. Auf Ludendorff lag ohne Zweifel die Hauptlast der Kriegsleitung; je länger je mehr ging die Feldherrnschaft auf ihn allein über, und es ist zu begreifen, daß er nicht dazu kam, sich bei währenden Kriegsgeschäften die gebotene einheitliche Anschauung der daneben zu lösenden staatsmännischen Aufgaben zu erarbeiten, ja daß er sich grundsätzlich von den politischen Dingen fernhalten wollte. So griff

er nur ein, wenn er besonders zwingenden Anlaß zu haben glaubte, also von Fall zu Fall — ein Verfahren, das in seiner Lage verständlich, für die große Sache, die auf dem Spiele stand, aber gefährlich war. Unter solchen Umständen war es ein Verhängnis, daß beide Feldherren nicht das Bedürfnis hatten — es jedenfalls nicht befriedigten — sich staatsmännisch geschulte Berater zur Seite zu stellen, die eine der Bedeutung dieses Krieges entsprechende dauernde und günstige Einwirkung der Obersten Heeresleitung auf die politischen Maßnahmen der Regierung durchzuführen fähig waren. Es blieb bis zuletzt bei dem unter den gegebenen Umständen unhaltbaren Zustande, daß sie — sei es der Feldmarschall, sei es der erste Generalquartiermeister — nur eingriffen, wenn es einfach nicht mehr anders ging; und dann war es zu spät. Der Rat Wohlmeinender, daß sie sich unbedingt den notwendigen politischen Einfluß erzwingen müßten, wurde nicht gehört, und der besondere Hinweis darauf, daß die inneren Zustände des Reichs das Eingreifen einer starken Hand gebieterisch forderten, wurde mit der Antwort abgetan, man wolle den Krieg gewinnen und müsse deshalb „innere Krisen“ vermeiden — als ob der Ausgang des Krieges nicht im engsten Zusammenhange mit der innerpolitischen Entwicklung der Heimat gestanden hätte!

Wenn sonach die Feldherren politisch versagten, so gebietet die Rechtigkeit zu ihrer Entschuldigung anzuführen, daß sie — abgesehen davon, daß sie nicht politisch vorgebildet waren — mit den Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, die sich aus der Persönlichkeit und Art des Kaisers ergaben: dieser hatte das richtige Gefühl, daß er durch die Berufung der beiden Volkshelden als oberster Kriegsherr tatsächlich abgedankt habe, und suchte mit um so größerem Nachdruck gerade ihnen gegenüber den Schein seines maßgebenden politischen Einflusses aufrecht zu erhalten, indem er angebliche Einmischungsversuche der Obersten Heeresleitung in die politischen Dinge zurückwies — in Wahrheit freilich hatte Wilhelm II. sich längst auch der politischen Macht begeben, und sein Kanzler richtete sich in allen Maßnahmen so ein, daß er es mit den Wortführern der Masse nicht verdarb. Es geriet zum Unheil, daß Hindenburg und Ludendorff den Kaiser nicht zu jenen Handlungen zu bestimmen wußten, die ihn und das Vaterland retten könnten: die tatsächliche Macht dazu besaßen sie; denn der Feldmarschall nahm nun eine Stellung ein, vergleichbar derjenigen Kaiser Wilhelms des Ersten im deutsch-französischen Kriege, während Ludendorff diejenige inne hatte, die damals Hellmut von Moltke bekleidete.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß beide Feldherren, als sie ihr neues Amt antraten, durchaus keine Gegner des Reichskanzlers waren sondern mit dem Entschluß kamen, mit ihm friedlich zusammenzuarbeiten. Wenn sie je länger je mehr wider ihn ankämpfen mußten und schließlich seine Beseitigung durchsetzten, so geschah dies in der zunehmenden Er-

kenntnis der Verderblichkeit seiner Unpolitit. Ein Unglück, daß sie nach Bethmann Hollwegs Sturz den großen politischen Fragen gegenüber wieder in ihre politische Enthaltsamkeit zurückfielen und die verheerende Tätigkeit seiner Nachfolger nicht verhinderten!

* * *

Wohin die Fahrt in der Heimat ging, zeigte sich noch im Frühherbst 1916, als die Reichstagsmehrheit, zu der sich nun das Zentrum unter dem Einflusse seiner demagogischen Führer geschlagen hatte, die Einführung eines ständigen Ausschusses für die auswärtige Politik durchsetzte. Damit war ein weiterer Schritt zum parlamentarischen System getan und dem Machthunger eitler, ehrgeiziger Volksführer eine Mitwirkung gewährt, die — so unsachlichen und politisch so unbrauchbaren Menschen zugestanden — nicht anders als unheilvoll werden konnte.

Indes erklärte der Wortführer der Sozialdemokratie im Reichstage es als Ansicht und Wille seiner Gesellschaft, daß der Krieg ohne Machtweiterung der einen oder anderen Mächtegruppe ausgehen solle; er prägte das Schlagwort: „was deutsch war, soll deutsch bleiben, was französisch war, französisch.“ In jedem anderen Lande hätte ein Politiker, der eine solche Unkenntnis vom Wesen und den Absichten der anderen Seite geoffenbart hätte, ausgespielt gehabt — im deutschen Reiche wurde derartiges ernst genommen, und die Regierenden wagten solcher Afferweisheit nicht entgegenzutreten, weil sie in den Banden der Sozialdemokratie lagen. Aber nicht genug damit: die Sozialdemokraten und ihre Presse betonten fortgesetzt die deutsche Sehnsucht nach dem Frieden, ohne zu begreifen, daß die Feinde daraus das Bekenntnis deutscher Schwäche lesen würden, und ihr Führer zog im Lande herum und verkündete unter Berufung auf den Reichskanzler, daß das amtliche deutsche Kriegsziel nichts von Landserwerb und Entschädigungen wisse, sondern den Zustand vor dem Kriege anstrebe. Immer maßloser wurde der Kampf gegen die „Alldeutschen“, womit alle diejenigen getroffen werden sollten, die bei siegreichem Ausgang des Krieges das deutsche Volk vor der Wiederkehr solcher Gefahr behüten wollten; das Wort „alldeutsch“ mit dem nach Belieben der „Verzichtler“ die Konservativen und Nationalliberalen, die Landwirtschaft und Industrie, die freien Berufe und Handwerkerverbände gekennzeichnet wurden, sobald sie sich im Sinne der Erfüllung deutscher Daseinsnotwendigkeiten im Halle des Sieges aussprachen, wurde geradezu zum Schmähwort, und es beleuchtet die Lage, daß die also Angegriffenen ihre Gegner als „Alljuden“ oder alljüdisch beeinflußt hinstellten. Hiermit sollte der Wahrheit gemäß gesagt werden, daß jüdische Politiker, jüdische Zeitungen es sich anmaßten, der deutschen Zukunft in der Richtung des Verzichts die Bahn vorzuschreiben, was im günstigsten Halle mit dem

Stillstand, wahrscheinlich aber mit dem Untergang des deutschen Volkes gleichbedeutend war.

Neben solchem das öffentliche Leben vergiftenden Streite, ging derjenige um den Unterseebootkrieg weiter; seine Verteidiger erkannten den Ernst der Lage des Vaterlandes in voller Klarheit und verlangten die dem Wesen des Krieges entsprechende Anwendung aller Kampfmittel, die den Feind zum Frieden zwingen konnten. Aber auch diesmal — im Herbst 1916 — drangen sie nicht durch; ihre Hoffnung auf ein entscheidendes Eingreifen der Obersten Heeresleitung erfüllte sich nicht, da man diese glauben machte, daß Holland und Dänemark sich zu den Feinden schlagen würden, und die Feldherren — dies als richtig annehmend — im Hinblick auf Rumänien keinen weiteren Feind mehr brauchen zu können erklärten. So unterblieb auch jetzt die Wiederanwendung der England gegenüber wirksamsten Waffe.

Die innere Lage, wie sie die neuen Herren der Obersten Heeresleitung vorgefunden hatten, wurde durch ein Schreiben, das der Feldmarschall am 27. September an den Reichskanzler richtete unzweideutig gekennzeichnet; darin beklagte er sich, daß offenbar amtliche Stellen den Ernst der Zeit noch nicht begriffen hätten und nicht bestrebt seien ihm genug zu tun; vom Kanzler verlangte er, daß er diesen Leuten ihre Pflicht klar mache, daß er „starke Männer“ zur Arbeit in der Heimat berufe und dafür sorge, daß der „furor teutonicus“ entfesselt werde. Und wiederum bemerkenswert: diese Kundgebung des Oberfeldherrn wurde der deutschen Öffentlichkeit von der Reichskanzlei vorenthalten; sie wurde erst später auf nichtamtlichem Wege bekannt — eine Tatsache, die bewies, daß schon nach kurzer Zeit die Wege der Obersten Heeresleitung sich von denen der Regierung schieden.

Auf dem Gebiete der äußeren Politik führte die falsche Beurteilung der polnischen Frage durch Bethmann Hollweg und seine Berater zu dem Entschluß, im Einverständnis mit Wien ein selbständiges Königreich Polen zu schaffen; der bereits im August ins Auge gefaßte Schritt wurde vor der Öffentlichkeit getan, indem am 5. November 1916 die verbündeten Kaiserstände eine feierliche Kundgebung erließen, durch welche die Wiedererrichtung des Polenstaates verheißen wurde.

Damit war — vom deutschen Standpunkte betrachtet — ein Fehler begangen worden, der ein doppeltes Gesicht hatte, indem eine Verständigung mit der Regierung des Zaren nun einfach unmöglich war, und indem andererseits dem Deutschtum für die Zukunft ein neuer Feind geradezu geschaffen wurde. Leidenschaftlich bäumten die Völkischgesinnten sich gegen diese Maßnahme auf, die ihnen um so unverantwortlicher schien, als der Reichskanzler versprochen hatte, daß keine große politische Entscheidung ohne Wissen des Volkes getroffen werden solle, diesen Schritt aber insgeheim mit Habsburg verabredet hatte. Eine bittere Enttäuschung

war es für diese Kreise, daß die Oberste Heeresleitung dies Verhängnis nicht abgewandt hatte; es verlautete sogar, daß sie ausdrücklich einverstanden gewesen sei. In Wahrheit aber lag die Sache so, daß die bereits vor Hindenburgs und Ludendorffs Berufung entschiedene Maßnahme der Obersten Heeresleitung mit der Aussicht begründet wurde, alsbald polnische Hilfstruppen zu erhalten, worauf sie im Hinblick auf die gespannte militärische Lage erklärt hatte, polnische Truppen gebrauchen zu können. Sie erhob also nach solcher Vorspiegelung keinen Einwand mehr gegen eine fest entschiedene Sache. Daß es sich um eine Täuschung der Obersten Heeresleitung handelte, wurde alsbald offenbar; das in Aussicht gestellte polnische Heer fand sich niemals zusammen; lägliche Anfänge blieben stecken, was bei dem bösen Willen der Polen begreiflich ist, und das Ergebnis dieser Politik war — abgesehen von der dauernden Schädigung des deutschen Reiches — eine arge Bloßstellung seiner Regierung. Es verdient festgehalten zu werden, daß der österreichisch-ungarische Generalstabschef von Conrad dringend davor warnte, den polnischen Versprechungen militärischer Hilfe Glauben zu schenken, während der deutsche Generalgouverneur von Beseler, ganz von den Polen hinters Licht geführt, für den Ernst ihrer Zusagen eintrat. Weiter muß betont werden, daß Bethmann Hollweg von allen Kennern der polnischen Geschichte und der polnischen Bestrebungen dieser Zeit nachdrücklich gewarnt worden war — vergeblich. So schuf dieser Kanzler während des Weltkrieges seinem Volke in der gefährlichen Ostflanke einen neuen Feind, von dem zu erwarten war, daß er bei erster Gelegenheit die Hände gierig nach den deutsch-polnisch gemischten Gebieten Preußens ausstrecken werde!

Es kann schon hier des Zusammenhangs halber gesagt werden, daß die wahre Meinung der Polen, die nur so unpolitische Männer wie der Kanzler und der Generalgouverneur verfennen konnten, sich sehr bald enthüllte. Ihre Ansprüche auf vollkommene Bewegungsfreiheit noch während des Krieges wurden angemeldet; als sie nicht befriedigt wurden, weil dies aus militärischen Gründen einfach nicht geschehen konnte, entstanden verschwörung-artige Machenschaften. Noch war kein halbes Jahr nach der „November-Proklamation“ verflossen, als die Polengefahr drohende Formen annahm; eine Folge davon war, daß die alsbald nach der deutschen Besetzung von Warschau eröffnete polnische Hochschule wegen der Umtreibe der Studentenschaft wieder geschlossen werden mußte. Das erste Wetterzeichen, das im Osten aufleuchtete!

Und eine solche Unpolitik hatte nicht nur die Krone gebilligt — auch die Reichstagsmehrheit und die ihr ergebene Presse hatte sie unbedenklich mitgemacht!

Hiermit aber war Bethmann Hollwags Tätigkeit für das Jahr 1916 noch nicht abgeschlossen.

Hindenburg und Ludendorff erkannten in ihrer neuen Stellung sofort, wie unzureichend ihr Vorgänger und das Kriegsministerium für die Weiterführung des Krieges gesorgt hatten, soweit der nötigste Kriegsbedarf — besonders an Geschüßen und Geschossen — in Frage kam. Sie verlangten, daß so gefährlichem Mangel schleunigst abgeholfen werde, und begegneten dem Einwand, daß der Industrie die nötigen Menschen nicht zur Verfügung ständen, mit dem Verlangen, daß alle Kräfte der Heimat für die Beschaffung des notwendigen Heeresbedarfes herangezogen werden müßten — ein großartiger, solcher Zeit würdiger Gedanke. Die Oberste Heeresleitung forderte die Einführung einer „vaterländischen Hilfsdienstpflicht“, durch die den Behörden und der Industrie die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden sollten, deren sie zur Bewältigung der ungeheuren Aufgaben bedurften. Nun wäre die Regierung in der Lage gewesen eine solche Hilfsdienstpflicht im Verordnungswege einzuführen, da sie bei Kriegsbeginn vom Reichstag allgemein zu weitgehenden Anordnungen wirtschaftlicher Art ermächtigt worden war; die Oberste Heeresleitung war aber der Meinung, daß eine so einschneidende Maßregel, die das ganze Volk der Heimat für die Zwecke der Kriegsrüstung in Anspruch nahm, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Reichstags — als der berufenen Vertretung des ganzen Volkes — getroffen werden sollte, um den notwendigen Eindruck auf die Bevölkerung zu machen. Das war an sich schön und richtig gedacht, ließ jedoch die Kenntnis dieses Reichstags, d. h. seiner machthungrigen, durch gewissenlose Volksverführer geleiteten Mehrheit vermissen. Leider bestand die Oberste Heeresleitung, schlecht beraten, auf diesem einer solchen Volksvertretung gegenüber unangebrachtem Verlangen, und die Gesetzesvorlage für die Hilfsdienstpflicht wurde von der Regierung eingebracht. Was die Kenner des Reichstags vorhergesehen hatten, trat ein: die Not des Vaterlandes, die aus solcher Maßnahme sprach, wurde von der Sozialdemokratie ausgebaut, um längst aufgestellte, bisher aber unerfüllt gebliebene politische Forderungen durchzusetzen. Gewiß war es ein politischer Fehler der Obersten Heeresleitung die gesetzliche Einführung der Hilfsdienstpflicht verlangt zu haben — aber die Verantwortung dafür, daß die Gesetzesvorlage eingebracht wurde, trifft deshalb doch den Reichskanzler, und er, wie seine politischen Mitarbeiter, sind verantwortlich für die Behandlung, die einem so groß gedachten Plane durch die kleinen Menschen des Reichstags zu Teil wurde, weil die Regierung in fortgesetzter Nachgiebigkeit gegen die Ansprüche der Massen sie duldet. Der Gesetzentwurf erlitt solche Veränderungen, daß sein Sinn entstellt ward; die feste und bewährte Gliederung der deutschen Industrie wurde im selben Augenblick in Frage gestellt, wo England und Frankreich ihrer Arbeiterschaft Einrichtungen aufzwangen, die in Deutschland die hohe

Leistungsfähigkeit der Werke ermöglicht hatten. Im deutschen Reich geschah das Umgekehrte, indem in solcher Zeit, wo alle Machtämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern ruhen sollten, dem Verlangen der Reichstagsmehrheit entsprechend in allen größeren Betrieben mit Gesetzeszwang Arbeiterausschüsse eingeführt wurden, die von Herren leicht zu politischen Zwecken missbraucht werden konnten; so wurde die Stetigkeit der Arbeitsleistung gefährdet. Obwohl der weitaus größte Teil der Hilfsdienstpflchtigen zum Zwecke der Arbeit in der Kriegsindustrie vom Heeresdienst Beurlaubte („Reklamierte“) waren, die von Rechts wegen als unter den Kriegsgesetzen stehend zu betrachten waren, wurden ihnen die politischen Rechte ausdrücklich verbürgt; auch hierdurch war die Gefahr der Verhetzung vergrößert. Als der Entwurf Gesetz wurde, konnte von ihm gesagt werden, daß von dem ursprünglich Geplanten nicht viel mehr als der Name übrig geblieben sei.

Mit dem Hilfsdienstpflchtgesetz, wie es vom Reichstag gestaltet worden war, geschah ein Schritt auf sehr abschüssiger Bahn; sie führte zum Umsturz.

Die Kriegserklärung Rumäniens hatte den Kanzler so tief erschüttert, daß er den Plan fasste, durch Vermittlung des Präsidenten Wilson Schritte zu tun, die eine Verständigung mit den Feinden anbahnen sollten. Der deutsche Botschafter in Washington wurde Anfang September 1916 angewiesen, deshalb bei Wilson anzufragen, antwortete aber, daß dieser, der damals den Wahlfeldzug für seine Wiederwahl als Präsident zu führen hatte, vor dessen Abschluß derartiges nicht tun werde. Da es darüber jedenfalls November werden und niemand bestimmt sagen konnte, was Wilson dann tun werde, und da Bethmann Hollweg es eilig hatte, trat er auf den Rat seiner Mitarbeiter dem Gedanken näher, ohne fremde Vermittlung den Feinden ein Friedensangebot zu machen. Der Kaiser wurde für das Vorhaben gewonnen, und es wurde beschlossen, einen günstigen Zeitpunkt für einen solchen Schritt abzuwarten, damit das deutsche Reich nicht als Bittsteller erscheine. Diesen Augenblick sah der Kanzler gekommen, als der Feldzug gegen Rumänien zu glänzendem Ende geführt und am 6. Dezember Bukarest von den Truppen des Dierbundes besetzt worden war. Am 12. Dezember 1916 übergab er im Einverständnis mit den Verbündeten den in Berlin beglaubigten Vertretern der neutralen Mächte, die den Schutz der Deutschen in den feindlichen Ländern übernommen hatten, eine Kundgebung, die für jene bestimmt war. In ihr wurden die Feinde unter Berufung auf die „Kultur- und Menschheitsinteressen“ und mit einer Begründung, die schlechthin „mystisch-sentimental“ genannt werden darf, zu Friedensverhandlungen aufgefordert; dabei wurde in Aussicht gestellt, daß die vier Verbündeten Vorschläge unterbreiten würden, die nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage zur Verständigung

böten. Bemerkenswert war, daß bereits einige Tage vor diesem Schritt die führenden Blätter der Sozialisten und der bürgerlich-jüdischen Demokratie auf das bevorstehende große Ereignis hinweisen konnten und daß weiter von ihnen angekündigt wurde, der Kanzler habe dem Reichstag Bedeutungsvolles mitzuteilen. Am Tage der sog. „Friedensnote“, an jenem 12. Dezember, trat Bethmann Hollweg wirklich vor die Volksvertretung und machte sie mit dem Geschehenen bekannt; die Mehrheit war natürlich damit einverstanden — zweifellos war sie vorher unterrichtet; der beabsichtigte Widerspruch der Konservativen und Nationalliberalen konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, da eine Erörterung von der Mehrheit nicht zugelassen wurde.

Auch in diesem Halle hatte der Kanzler seinem Versprechen zuwider gehandelt, das Volk vor wichtigen Maßnahmen zu hören — aber nicht nur das: er hatte offenbar mit den Verbündeten die Friedensbedingungen fest verabredet, die den Feinden unterbreitet werden sollten, falls sie sich zu Verhandlungen herbeiließen. Kein Zweifel, daß diese im wesentlichen den Verzicht auf Machtweiterleitung enthielten; überdies vermochte das führende sozialistische Blatt das vorher schon anzukündigen.

Für die völkischen Kreise kam dies Friedensangebot ganz überraschend und sie waren darüber bestürzt; sie kannten das feindliche Ausland genug, um zu wissen, daß es in diesem Schritte ein weiteres Zeichen der Schwäche, ja der Verzweiflung der Mächte des Vierbundes erblicken werde, das die Feinde erst recht zu äußerstem Widerstand anstacheln werde; ließen die Feinde sich aber aller Erwartung zum Trotz auf Verhandlungen ein, so war zu befürchten, daß die militärischen Vorteile aus den letzten Siegen des Vierbundes bei etwaiger Waffenruhe verloren gingen, ganz abgesehen davon, daß von ihnen wirklich ernsthaft gemeinte Verhandlungen sicherlich für das deutsche Reich mit einem „Verzichtfrieden“ enden würden: war doch der Kanzler nach den Mitteilungen seiner sozialistischen Vertrauten zu einem solchen bereit.

Man kann sich denken, daß alle, die an den deutschen Sieg glaubten und die ihn zur Sicherung der deutschen Zukunft ausgenutzt sehen wollten, jäh auffuhren. Ein leidenschaftlicher Zeitungskampf brach aus; die Presse gefolgschaft der Regierung pries die Weisheit des Kaisers und seines Kanzlers, die sich in dem Friedensangebot fandgebe, in höchsten Tönen, während die völkische Presse es scharf verurteilte. Bei diesen Erörterungen wurde bekannt, daß die Oberste Heeresleitung mit der „Friedensnote“ ausdrücklich einverstanden gewesen sei — ein Umstand, der von den Verteidigern Bethmann Hollwegs mit Genugtuung festgestellt wurde, und der den Völkischen eine neue Enttäuschung bereitete, weil er ihnen wiederum bewies, wie wenig sachgemäß die Oberste Heeresleitung in politischen Fragen unterrichtet war.

Die feindlichen Regierungen antworteten zunächst nicht; ihre Presse wies jedoch das Anerbieten der Vierbundmächte mit Hohn zurück.

Als das ereignisreiche Jahr 1916 zu Ende ging, war für die politisch Urteilsfähigen klar, daß die Schwäche der Regierung das Vaterland nach innen und außen in schwerste Gefahr gebracht hatte; das Ansehen der Staatsgewalt war unterwühlt, das der Krone und des Kanzlers vernichtet. Es gab nur einen Halt noch; ihn bot die Oberste Heeresleitung.

Doppelt begreiflich die Sorge der Reichstreuen, daß auch sie in so wichtigen politischen Fragen, wie den geschilderten, irrte oder versagte.

Während im Reiche die Zügel der Regierung am Boden schleiften und die Zermürbung der Geister fortschritt, vollzog sich in England ein Personenwechsel von großer Bedeutung: an die Spitze des Ministeriums trat der bisherige Munitionsminister Lloyd George, ein Mann von rücksichtslosem Willen und unbeugsamer Tatkraft. Lloyd Georges Ernennung zum Ersten Minister tat dar, daß England den Kampf bis zum Äußersten fortzuführen entschlossen war, und bestätigte die Auffassung derer, die auf Grund ihrer Kenntnis der englischen Politik niemals etwas anderes erwartet hatten. Und Bethmann Hollweg war noch immer Kanzler des deutschen Reiches! Die starken Männer, nach denen Hindenburg gerufen hatte, wurden auch im Jahre 1917 nicht zur Leitung der Reichsgeschäfte herangezogen. Alles ging im Innern seinen alten Gang weiter: die alljüdische Presse und die ihr gesinnungsverwandten politischen Kreise predigten den Verzicht, wetterten gegen den U-Bootkrieg und bezichtigten alle, die anderes wollten, der eigennützigen Kriegsverlängerung. Immer klarer trat zu Tage, daß auch die lautesten Lobredner Bethmann Hollwegs infolge der nicht abreißenden Kette inner- und außenpolitischer Misserfolge an diesem ihrem Meister irre geworden waren — eigentlich war es nur noch die ausgesprochene Judenpresse, die zu ihm hielt. Auch ein Ergebnis für den obersten Beamten des deutschen Reiches!

Die völkischen Kreise ließen sich durch alle Verleumdungen nicht irre machen und führten den Kampf in Wort und Schrift — soweit die Zensur dies zuließ — für den Unterseebootkrieg weiter, und die völkischen Parteien boten alles, was in ihrer Macht stand, in der gleichen Richtung auf. Die Flottenführer waren längst von der Notwendigkeit überzeugt, die neue Waffe rücksichtslos anwenden zu müssen und auch die Oberste Heeresleitung bekannte sich zu dieser Ansicht, als sie nach der Niederwerfung Rumäniens militärisch die Arme frei bekam und als das Friedensangebot des Vierbundes Mitte Januar von dem Vielverband mit einer ebenso verlogenen wie unverschämten Erklärung abgelehnt wurde. Nun mußte es auch dem Kanzler und seinen Leuten klar sein, daß die Feinde es auf Deutschlands Vernichtung abgesehen hatten — und wirklich sprach dies

der Kaiser als seine Meinung in einer Kundgebung an Heer und Flotte aus. Endlich reiste der Entschluß, der längst hätte gefaßt und ohne politische Hemmungen durchgeführt werden müssen: mit dem 1. Februar 1917 sollte der uneingeschränkte U-Bootkrieg einsetzen.

Den Vaterlandstreunden fiel eine Last vom Herzen. Die deutsche Öffentlichkeit erkannte trotz der maßlosen Verhöhnung durch die alljüdische Presse, daß diese Maßregel geboten sei und vertraute dem Urteil der Männer der Obersten Heeres- und Flottenleitung; als der Feldmarschall offen davon sprach, daß das deutsche Reich auf alle Folgen eingerichtet sei, die aus diesem Entschluß entstehen könnten, und ihnen gewachsen sei, verstummte der Widerspruch. Hindenburgs Worte bezogen sich auf die Vereinigten Staaten, deren feindselige Haltung längst offenkundig war und von denen erwartet wurde, daß sie nun in den Krieg eintreten würden. Mit größten Erfolgen verrichteten die nun von den unerträglichen Hesseln befreiten Unterseeboote ihre schwere Arbeit; ihre schneidigen Führer und trefflichen Helfer und Mannschaften bewährten sich glänzend.

So wurde die Hoffnung auf ein gutes Kriegsende wieder belebt, zumal da das vorwurfsvolle, aber doch auch zuversichtliche Wort des Generalstabschefs von Conrad bekannt wurde, der Krieg wäre längst siegreich beendigt, wenn man die U-Boote rechtzeitig hätte arbeiten lassen. Sonst aber konnte kein Ernst der inneren Zustände in der Heimat und ihre Entwicklung mit Ruhe ansehen.

Als Anfang des Jahres 1917 der längst als Deutschenfeind erkannte amerikanische Botschafter aus Amerika nach Deutschland zurückkehrte, wurde er in Berlin in würdevoller und geschmackloser Weise gefeiert — derselbe Gérard, der durch die Förderung des feindlichen Späherdienstes Deutschlands Feinde offenkundig unterstützt hatte und dessen Treiben das in Sorge vor den Vereinigten Staaten ersterbende Auswärtige Amt geduldet hatte.

Dieses Amt beging, als die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges beschlossene Sache war, die unbegreifliche Torheit, die Bundesgenossenschaft Mexikos nachzusuchen und ihm als Lohn dafür Gebietsteile der Vereinigten Staaten zu versprechen — die betreffende Drahtung an den deutschen Gesandten in Mexiko wurde von den Amerikanern entziffert und unter entrüsteten Kundgebungen über die Verwerflichkeit der deutschen Politik veröffentlicht.

Am 2. April 1917 erklärte Präsident Wilson, der die Beziehungen zwischen Berlin und Washington schon vorher hatte abbrechen lassen, dem deutschen Reiche den Krieg, indem er dem amerikanischen Kongreß eine Botschaft zugehen ließ, in der er behauptete, daß die U-Bootwaffe außerhalb des Rechtes stehe, daß ihre Anwendung ein Krieg gegen die Menschheit sei, daß der Kampf gegen das deutsche Reich nicht nur der Welt den Frieden schenken sondern auch die Herrschaft

des Rechts wiederherstellen solle; schließlich erdristete er sich zu sagen, daß er dem deutschen Volke die Freiheit bringen werde — alles in allem eine Urkunde von verlogener Salbung, die nur durch spätere Handlungen dieses größten und widerwärtigsten Heuchlers der Geschichte an Unwahrhaftigkeit übertroffen werden konnte. Der amerikanischen Kriegserklärung folgte diejenige von China, das den Worten nach das Bedürfnis hatte, sich zum Heile der Menschheit am Kampf gegen die barbarischen Deutschen zu beteiligen — in Wirklichkeit wurde niemand weniger vom Unterseebootkrieg betroffen, als dies Land, das keine Handelsflotte hatte, die unter ihm leiden konnte; es handelte unter englischem Zwange, und die Engländer beseitigten die letzten Zweifel über ihre Absichten, als sie veranlaßten, daß alle deutschen Handelsniederlassungen in China vernichtet, ihr Vermögen beschlagnahmt, die Bücher und sonstigen geschäftlichen Urkunden weggenommen und die deutschen Bürger rechtlos gemacht wurden: es war auf die Vernichtung des deutschen Handels, auf die Auschaltung jedes deutschen Wettbewerbes abgesehen.

Dem Beispiel von China und gleichem Zwange — sei es von England oder den Vereinigten Staaten ausgehend — folgten, mit Brasilien beginnend, nach und nach die meisten mittel- und südamerikanischen Freistaaten, und die unter englischer oder französischer Oberherrschaft stehenden Länder Asiens wie Siam, so daß beinahe die ganze bewohnte Erde gegen das deutsche Reich und seine Verbündeten im Felde stand. Ihr Menschenvorrat, ihre Rohstoffe und Erzeugnisse — alles wurde aufgeboten, um die verhassten Deutschen auf die Knie zu zwingen, die erbarmungslos von ausländischer Zufuhr abgeschnitten waren. Es kamen harte Tage für das Deutschtum jener englisch-französisch-amerikanischer Gewalt weichenden Länder, und nichts in der Geschichte gleicht der kalten Grausamkeit, mit der die Engländer, nichts dem wollustartigen Peinigergeiste, mit dem die Franzosen die unglücklichen Deutschen mißhandelten, die ihnen im Ausland in die Hände fielen.

Und doch sollten die Deutschen die Barbaren, die Hunnen, die Knechte der Menschheit sein!

* * *

Im Frühsommer folgten Schlag auf Schlag Ereignisse, die der deutschen Außenpolitik ihre Unfähigkeit bezeugten: die Entwicklung in Polen kennen wir — in Griechenland sah sich der deutschfreundliche König Konstantin, ein Schwager Kaisers Wilhelms II. zur Abdankung gezwungen, obwohl ein großer Teil des Heeres und der Offiziere treu zu ihm hielt; er unterlag der gewalttätigen Einwirkung Englands und Frankreichs, die längst Truppen auf griechischem Boden gelandet und Helfershelfer unter den Politikern des Landes gefunden hatten. Das war die Quittung dafür,

daß nach Serbiens Niederwerfung die vereinigten deutsch-bulgarisch-österreichisch-ungarischen Heere an der griechischen Grenze Halt gemacht hatten, statt die vom griechischen Saloniki aus vorgebrochenen, aber in die Flucht geschlagenen englischen und französischen Truppen des Generals Sarrail ins Meer zu jagen und diesen Angriffsherd endgültig auszubrennen. Kaiser Wilhelm hatte aus falscher Rücksicht auf seinen Schwager diese militärisch und politisch gleich verkehrte Unterlassung gegen den Widerspruch des Zaren Ferdinand von Bulgarien und des Generalstabschefs von Conrad durchgesetzt — und nun ging Griechenland, nachdem sein König abgedankt hatte, offen zu den Feinden über und stellte ihnen Mazedonien zum Aufmarsch von Südosten zur Verfügung.

Es sollte sich bitter rächen, daß Bethmann Hollweg und General Falkenhayn diesem Ansinnen des Kaisers nachgegeben hatten.

Auch in der Schweiz erlebte das Reich durch die Ungeschicklichkeit seiner äußeren Politik eine Demütigung, indem der deutschfreundliche Bundesrat Hofmann, dem die auswärtige Politik der Eidgenossenschaft anvertraut war, seine Hand dazu lieh, einen nichtamtlichen aber mit Wissen amtlicher Stellen gemachten deutschen Friedensführer an die russischen Umstürzler gelangen zu lassen; dieser Zusammenhang wurde offenbar, worauf der tüchtige Mann von den deutschfeindlichen Kreisen der Schweiz so wütend angefallen wurde, daß die oberste Bundesbehörde ihn preisgab; an seine Stelle trat ein ganz im Fahrwasser des Vielverbandes befindlicher Welsch-Schweizer.

Die Arbeiter- und Soldatenräte Russlands aber beantworteten die deutsche Friedensanfrage ablehnend.

Als die „Internationale“ die sozialistischen Führer der ihr ange schlossenen Staaten zu einer Beratung über die Kriegs- und Friedensfragen nach Stockholm eingeladen hatte, ermöglichte Bethmann Hollweg gegen den Willen und die Absichten der militärischen Stellen reichsdeutschen Abgeordneten die Teilnahme. Diese bekannten sich auf der im Juni 1917 abgehaltenen Tagung zu dem Vorschlage des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, den Frieden unter Verzicht auf Landerwerb und Entschädigungen und auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker herzustellen; in der Frage der „deutschen Schuld am Kriege“ dagegen wahrten sie den Standpunkt, daß ihr Vaterland durch die Machenschaften seiner Feinde, vor allem Russlands, gegen seinen Willen in den Weltkrieg hineingerissen worden sei. Bezeichnend war, daß die wichtigsten feindlichen Regierungen den Sozialisten ihrer Länder die Teilnahme an den Stockholmer Verhandlungen nicht erlaubten. Die Behandlung, die den deutschen Vertretern dort zu teil wurde, ließ jede Gerechtigkeit, jedes Verständnis für die Lage des deutschen Reiches vermissen und bewies, daß die neutralen Sozialisten dem deutschen Reiche feindlich gegenüber-

standen. Das Auftreten der deutschen Sozialisten in Stockholm endete mit einer Niederlage, die der Sache ihres Vaterlandes schädlich war.

Damit gelangen wir zu dem Punkte, an dem in aller Kürze auf die innerpolitischen Ereignisse in Russland einzugehen ist, die sich an die fortgesetzten äußerlichen Niederlagen seiner Heere knüpfsten.

Seit Ende Februar 1917 war es in Petersburg und anderen Städten Russlands infolge der Lebensmittelnot und der Teuerung zu Unruhen und Ausständen gekommen. Zuerst niedergeworfen, lebte die Bewegung im März wieder auf und am 14. dieses Monats folgte der offene Umsturz. Es bildete sich eine Regierung, in der freiheitlich gesinnte Männer von Bildung und Besitz die Oberhand hatten, der aber auch einige Sozialisten angehörten; die Absicht ging dahin eine bürgerlich-parlamentarische Republik zu gründen. Der schwache, hilflose Zar Nikolaus dankte in der Nacht zum 15. ab und es zeigte sich schnell, daß die neue Regierung der auf den Umsturz aller Ordnung drängenden Masse, die von Juden verhext und geführt wurde, nicht Herr werden konnte. Es bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die — unter jüdischem Einfluß stehend — sich zunächst in alle Fragen der Staatsleitung, der allgemeinen und örtlichen Gewalt einmischten, schließlich die Gewalt an sich rissen und jede Ordnung auflösten. Die vorläufige Regierung, an deren Spitze im Anfang noch Bürgerliche standen betrieb mit allem Eifer die Fortsetzung des Krieges; es kam deshalb die Meinung auf, daß die Beseitigung des Zaren Nikolaus unter Mitwissen Englands veranlaßt worden sei, weil jener einen Sieg des Vielverbandes als aussichtslos erkannt habe und zum Frieden mit dem Vierbund geneigt gewesen sei. Ob dies richtig, ist heute noch unklar. Jedenfalls traten in den ersten Monaten nach der Umwälzung auch die umstürzlerischen Arbeiter- und Soldatenräte für die Weiterführung des Krieges ein, weil er die Verteidigung gegen den deutschen Angriff bezweckte. Die erwähnte, aus der Schweiz kommende Anregung zu einem Sonderfrieden mit dem Vierbunde, die von einem der Führer der Schweizer Sozialdemokratie persönlich in Petersburg unterbreitet worden war, wurde im Juni nicht nur von der vorläufigen Regierung, sondern auch von den Arbeiter- und Soldatenräten förmlich abgelehnt: ein neuer Beweis dafür, daß die sog. „Internationale“, zu der doch die Sozial-Revolutionäre Russlands gehörten, ganz und gar nicht als unbedingt friedensfreudlich angesehen werden konnte, wie dies die Parteilehre behauptete.

Freilich, daß die sogenannten deutschen Sozialisten aus diesem Vorgang etwas lernen würden, konnte bei ihrer Verranntheit nicht erwartet werden.

Wozu diese, die Not des Vaterlandes Vergessenden, selbst unter jüdischer Führung Stehenden, im Bunde mit der jüdischen Falsch-Demokratie und ihrer strupelloß hezenden Presse imstande waren, wurde bei Beginn des Jahres 1917 bekannt, als wie auf Verabredung der Ruf nach Ände-

nung des preußischen Wahlrechts erhoben wurde. Als wären der inneren Wirren noch nicht genug, verlangten diese Gewissenlosen das allgemeine gleiche Wahlrecht für den führenden Bundesstaat und ließen erkennen, daß sie die inneren Schwierigkeiten des Reiches, die der Krieg zum Gefolge hatte: die Verstimmung der Massen über schlechte Ernährung, Teuerung und sonstige Mißstände, rücksichtslos auszuheben wollten, um auf dem Wege des allgemeinen gleichen Wahlrechts Preußen unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen, wie sie infolge der Unfähigkeit und Nutzlosigkeit des Kanzlers schon die Herren über das Reich geworden waren. Bethmann Hollweg lehnte es zunächst ab, auf dies Ansinnen einzugehen; er erklärte selbst und ließ seinen Beauftragten mit Recht erklären, daß eine solche Frage in solcher Zeit nicht entschieden werden könne — damit müsse bis nach dem Ende des Krieges gewartet werden. Eine gleiche Haltung nahm die Rechte — aus den Konservativen, den meisten Nationalliberalen und Freikonservativen, sowie dem größeren Teile des Zentrums bestehend — mit ihrer Presse ein, und nun entbrannte ein wüster, nichtswürdiger Zeitungskampf. Weil die Rechte, die jetzt die Wahlrechtsfrage verschoben haben wollten, für die deutsche Daseinsnotwendigkeiten sicherstellende Erweiterung der deutschen Macht im Halle des Sieges eintrat und den uneingeschränkten Unterseebootkrieg gefordert hatte, behauptete die jüdische Presse, daß die Kriegszielpolitik „reactionären Interessen“ entspringe und ihnen diene; sie fälschte das Bestreben ernster, selbstloser Vaterlandsfreunde, gerade durch einen guten Frieden die Zukunft der arbeitenden Volksgenossen zu sichern, in faltherzige Selbstsucht um, die dem Vorteil der Besitzenden dienen wolle und ihm das Blut der Kämpfenden opfere. Ein schändliches Treiben! Wie weit seine Urheber sich von der Wahrheit und dem Gesamtwohl entfernt hatten, ergab sich aus dem Worte, das nun auffam und bald im ganzen Lande umging: „ein deutscher Sieg sei nicht zu wünschen, da er die Reaktion fördern würde.“

So sehr hatte das Gift schon gewirkt. Die Vaterlandsfreunde möchten sich fragen, was größer sei: die Verblendung oder die Niedertracht dieses Treibens — ändern konnten sie daran nichts, weil die Massen auf jene Verführer hörten und die Regierung tatenlos zuschaute.

Immer drohender wurde die Wahlrechtsforderung erhoben; da tat Bethmann Hollweg — wie immer — das Verkehrteste, was getan werden konnte, indem er Wilhelm II. zu halbem Entgegenkommen veranlaßte: in der sog. „Öster-Botschaft“ vom 7. April 1917 sprach der König von Preußen sich für die Umbildung des preußischen Landtags aus und sagte hinsichtlich des strittigen Punktes, daß „nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei.“ Der Kanzler wurde als Vorsitzender des preußischen Staatsministeriums beauftragt, eine Vorlage ausarbeiten zu lassen, welche

die unmittelbare und geheime Wahl vorsehe, damit der Entwurf bei der Rückkehr der Krieger rasch erledigt werden könne.

Mit diesen Versprechungen gaben sich die Volksführer nicht zufrieden; der Kaiser wollte die Wahlrechtsfrage bis nach dem Kriege vertagt haben und er sprach nicht vom gleichen Wahlrecht; sie aber wollten Preußen sofort, also noch während des Krieges in die Hand bekommen, indem sie das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht — wie im Reiche — ertrößten.

So ging dieser Kampf weiter, von der jüdischen Linken und ihrer Presse mit allen Mitteln der Aufpeitschung der Leidenschaften geführt. Nach der Österbotschaft kam es in Berlin zu einem großen Ausstand der Arbeiter von Geschäftsfabriken, der aber rasch beendet wurde; er zeigte, bis zu welchem Grade die Massen verheizt waren, daß in solcher Zeit in solchen Betrieben die Arbeiter feierten. Der Feldmarschall fand zornige Worte, um diese Gewissenlosigkeit zu brandmarken, der Kanzler aber wich wiederum zurück.

Am 6. Juli 1917 traten die sozialdemokratischen Führer vor ihn und verlangten neben der Einführung des „parlamentarischen Systems“ die sofortige Ernennung von Volksvertretern zu Ministern und Staatssekretären, sowie die sofortige Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen; gleichzeitig wurde ihm eröffnet, daß die Sozialdemokratie noch jetzt für den Verteidigungskrieg eintrete und einen Frieden auf Grund des Zustandes vor dem Krieg verlange.

Wie die Dinge lagen, war dies Erpressung in aller Form. So weit war es gekommen, daß der vierte Nachfolger Bismarcks in solcher Weise mit sich reden ließ!

Das preußische Staatsministerium blieb fest und lehnte die unverschämte Zumutung der Sozialisten ab; in seinem Namen hielt der Minister des Innern dem Kaiser Vortrag und empfahl ihm das gleiche Verfahren. Der Kaiser sagte dies zu, wurde aber vom Reichskanzler, der über den Kopf des Staatsministeriums hinaus handelte, umgestimmt, und erließ als König von Preußen am 11. Juli die Anordnung, daß dem Landtage alsbald eine Vorlage unterbreitet werden solle, die das gleiche Wahlrecht bringe.

So hatte sich der König von Preußen dem Drohen der mächtgierigen, jüdisch geleiteten Sozialdemokratie unterworfen — unterworfen wider den Rat seines verantwortlichen Ministeriums, mißleitet von dem Berater, dessen politische Sünden sich so gehäuft hatten, daß endlich, endlich — viel zu spät — sein Sturz unmittelbar bevorstand. Jetzt waren doch auch seine eifrigsten „Getreuen auf Kündigung“ von der sozialistischen, jüdisch-bürgerlichen und ultramontanen Demagogie an ihm irre geworden, während Hindenburg und Ludendorff die Reichsgefährlichkeit eines solchen leitenden

Ministers in vollem Umfange erkannt hatten. Die besten Freunde des Kaiserthums drangen in Wilhelm II., sich von einem solchen längst unmöglich gewordenen Berater zu trennen — er aber kam zu keinem Entschluß.

Abgesehen von den inner- und außerpolitischen Vorgängen, die bis jetzt geschildert wurden, gab es noch zahlreiche andere, die zeigten, wohin die Fahrt ging und wie weit sich der Reichswagen dem Abgrund genähert hatte. So hatte die zur ausschlaggebenden Partei gewordene Sozialdemokratie wiederholt im Laufe des Frühjahrs 1917 den Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen“ verlangt; ja ihr Wurführer hatte am 15. Mai im Reichstag mit dem Umsturz gedroht, falls der Krieg zum Zwecke von Eroberungen über die notwendige Verteidigung hinaus fortgesetzt werde. Unter dem Vorsitz dieses Volksvergessenen tagte der Verfassungsausschuß des Reichstags und beschäftigte sich mit der Frage der militärischen Befehlsgewalt in einer Weise, die keinen Zweifel darüber ließ, daß die oberste Verfügung über das Heer dem Kaiser entzogen und dem Reichstag, d. h. den machthungrigen Führern der Mehrheitsparteien, übertragen werden sollte. Etwas derartiges konnten die Männer der Obersten Heeresleitung nicht mit ansehen.

Die Lage wurde weiter dadurch verwirrt, daß in der Frage des Kriegszieles das Zentrum, dessen Mehrheit sich bis dahin für den Fall des deutschen Sieges für eine Erweiterung der deutschen Macht ausgesprochen hatte, unter dem Einfluß seines linken Flügels von der Rechten getrennt hatte und in die alte Unzuverlässigkeit zurückgefallen war. Damit war eine politische Entwicklung eingeleitet, die verhängnisvoll wurde; es ist notwendig, sie kurz im Zusammenhang zu schildern.

Bisher ist es mit Absicht vermieden worden, die Namen reichsschädlicher Volksvertreter zu nennen — nun aber läßt es sich nicht vermeiden; abgesehen davon, scheint es auch notwendig, die Menschen, die den Zusammenbruch ihres Vaterlandes auf dem Gewissen, die ihr Volk in der Heimat vergiftet und zugrunde gerichtet haben, dem Urteil preiszugeben, das sie verdienen.

Das Zentrum ist niemals eine wirklich einheitliche Partei gewesen; in ihm fanden sich seit je von der äußersten Linken, die von den sozialgerichteten christlichen Gewerkschaftlern gebildet wird, bis zur äußersten Rechten, die aus dem westfälischen und schlesischen Adel und Großgrundbesitz besteht, alle politischen Meinungen vertreten, die sonst in verschiedenen Parteibildungen zum Ausdruck kommen; das einigende Band in dieser nur auf deutschem Boden denkbaren Partei bildet die angebliche Gefährdung des katholischen Glaubens, die nach der Behauptung der Partei — sei es der Staat, sei es die evangelische Mehrheit der Bevölkerung — im Schilde führen sollen. Innerhalb des Zentrums rangen die verschiedenen Rich-

tungen um die Führung, und der Grad seiner politischen Brauchbarkeit hing davon ab, welche von ihnen die Oberhand behielt. Als der Krieg ausbrach, war die ganze Partei, die Bethmann Hollwegs äußere Politik bis dahin mitgemacht hatte, ohne Frage von dem inneren Schwunge mitgerissen, der das deutsche Volk ergriffen hatte, und Hoffnungsvolle wagten zu glauben, daß dies ungeheure Erleben die Kluft zwischen den christlichen Bekenntnissen dauernd und endgültig überbrücken werde. Als die deutschen Heere siegreich in Belgien und Frankreich vorgedrungen waren, und nachher auch weite Teile Russlands besetzt hielten, waren auch die führenden Männer des Zentrums der Meinung, daß der Friede eine Erweiterung der deutschen Macht bringen müsse, und sie waren mit den Wortführern der Kriegszielbewegung darin einig, daß nach Ost und West die deutsche Grenze vorgeschoben werden müsse, um die militärische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes zu sichern, besonders um ihm den Boden für die innere ländliche Siedlung zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne machte das Zentrum die Kriegszielbewegung mit; die Partei fasste entsprechende Entschlüsse und die führenden Blätter versuchten mit Entschiedenheit solche Pläne. Am weitesten ging hierin bei Kriegsbeginn der Reichstagsabgeordnete Mathias Erzberger, Vertreter eines südwürttembergischen Wahlkreises, seit langem der Führer des linken Flügels, von den schlechthin Vaterländischen ebenso lange als Demagoge unerfreulichster Art erkannt. Dieser weder durch Charakter, noch durch Begabung, weder durch Wissen, noch durch Leistungen ausgezeichnete Mensch hatte sich zuerst durch dreistes Draufgängertum, dann durch einen gewissen Fleiß in kleinen Dingen, und weiterhin durch die Kenntnisse, die er diesem untergeordneten Fleiße verdankte, im Reichstag einen Namen gemacht und die Regierungsvertreter fürchteten ihn, weil sie fast stets ein schlechtes Gewissen hatten und wußten, daß von diesem Skrupellosen überraschende Angriffe zu gewärtigen seien. Obwohl seine eigenen Parteifreunde den Unwert dieses Menschen erkannten, war er — in einer solchen Volksvertretung und einer solchen Regierung gegenüber kein Wunder — zu einer gewissen Macht gekommen, die er selbstgefällig und ehrfurchtig ausübte. Bei Kriegsbeginn zog Bethmann Hollweg diesen nur für Unfähige und Charakterlose erträglichen Menschen in den Kreis seiner nächsten Vertrauten, beauftragte ihn mit allerhand halb- und ganzamtlichen Aufgaben und steigerte damit sowohl die Eitelkeit wie den Einfluß dieses politischen Gernegroß. Wo immer er seine Hände im Spiele hatte, sei es in Italien, sei es in der Schweiz oder in Österreich und Rumänien, gab es ein Unglück — aber Erzberger war eine Macht geworden, der sich die kleinen Menschen dieser Regierung und dieses Reichstags beugten. Man glaubte zu wissen, daß dieser Volksvertreter geheimnisvolle Beziehungen zur römischen Kurie, zum österreichischen Feudaladel und zu den klerikalen Kreisen Italiens

habe und daß er mit den führenden Köpfen der wichtigsten Orden in Verbindung stehe. Dieser Mann war in der ersten Kriegszeit ausgesprochenster „Annexionist“; als der Sieg nicht so schnell kam, wie er erwartet hatte, wurde er ebenso entschiedener Vertreter des Verzichts und fand sich mit dem Reichskanzler in der Ansicht zusammen, daß ein Verständigungsfriede anzustreben sei. Seitdem dieser keines großen Gedankens Fähige auf Grund seiner von deutschen Rücksichten freien Erkenntnisquellen zum „Verzichtler“ geworden war, wurde er eine Gefahr für die Kriegsführung, soweit die Stimmung in der Heimat und die Haltung des Reichstags in Betracht kam. Denn Erzberger war so etwas wie der Beherrschende der öffentlichen Meinung der Zentrums presse geworden; die kleinen Leute in der Partei, die fast nur aus solchen bestand, schauten und hörten auf ihn; er war mit dem Ansehen bekleidet, das das Vertrauen des Kanzlers, seine Beziehungen zum deutschen Auswärtigen Amt, zu Rom und Wien — auch wenn sie zum Teil nur vorgetäuscht waren — ihm verliehen: kurz, er war der politische Wettermacher des ultramontan-demagogischen Flügels seiner Partei. Als solcher hat er alles getan, was ein Einzelner vermag, um den Glauben an den Sieg zu untergraben, um den Geist der Heimat zu zermürben. Wo immer der Reichskanzler Verderbliches tat, war Erzberger seine Stütze — wo immer die Völkischen im Reichstag und im Lande Starkes wollten, begegneten sie seinem Widerstande. Es war ein trauriges Zeichen für die politische Unbrauchbarkeit der Deutschen, daß in solcher Zeit ein solcher Mensch eine solche Rolle spielen konnte! Aber er fand einen Genossen, der mit ihm um die Palme des Unwertes und der Verderblichkeit rang: dies war der Abgeordnete Philipp Scheidemann, der Führer der Sozialdemokraten. Auch er ein Mensch ohne eigene Gedanken, ja ohne Denkfähigkeit, auch er gebläht von Eitelkeit und Ehrsucht, auch er ohne das Gefühl für Pflicht und Verantwortung; ein Kleinbürger, der sich das Scheinwissen seiner Parteilehre zu eigen gemacht hatte und der, mit unbestreitbarer Redegewandtheit begabt, mit der stärksten Partei hinter sich und eine solche Regierung sich gegenüber, ohne Schwierigkeit ein „großer Mann“ werden konnte, vor dem sich der Kanzler wie der Reichstag beugten. Daß aus seinem Munde niemals ein Wort kam, das von selbständigm Denken zeugte, tat nichts — auch darin war er seinem Strebensgefährten Erzberger verwandt. Auch er wurde Vertrauter des Reichskanzlers; auch er war auf den Verzicht gestimmt; auch er wollte den Frieden ohne Landerwerb und Entschädigung im Wege der Verständigung — auch er stand im Ruf, daß, was er schrieb und sprach, im Einverständnis mit Bethmann Hollweg hinausgehe. Mit Erzberger hatte er auch die grenzenlose Unwahrhaftigkeit gemein — in einem freilich war er ihm unterlegen: wurde jener je länger um so mehr der Gebieter seiner Partei, der herrisch auftreten konnte, so war Scheidemann, in dessen Banden

Bismarcks vierter Nachfolger lag, selbst ein Unfreier, Getriebener. Dieser sogenannte Führer der Regierungs-Sozialdemokratie war in allem, was er tat, abhängig von der Rücksicht auf die äußerste Linke, auf jene sozialistische Gruppe, die auch äußerlich „gegen den Krieg“ war, dem Vaterlande die zu seiner Führung notwendigen Mittel versagte und am Wahngedanken der „Solidarität des internationalen Proletariats“ festhielt. Die so Ge-sinnnten waren Ende März 1916 aus der „Reichstagsfraktion“ ausgetreten und hatten sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammengeschlossen. Als die Gegensätze zu den „Regierungs-Sozialisten“ sich verstärkten, und ihr Zulauf sich vergrößerte, verließen diese „Radikalen“ ihre Partei ganz und gründeten Ostern 1917 eine neue, diejenige der „Unabhängigen“. Kein Zweifel: wenn man die wissenschaftlich und tatsächlich unhaltbaren Lehren des Sozialismus einmal als politisches Glaubensbekenntnis angenommen hatte, waren die Unabhängigen die folgerichtigen und ehrlichen Sozialisten, während Scheidemann und seine Leute nicht Fisch nicht Fleisch waren. Die unter den Kriegsnöten leidenden Massen waren, als die vaterländische Hochstimmung erst einmal verflogen war und die Nachwirkung der Jahrzehntelangen Verhetzung vor dem Kriege wieder zu wirken begann, für die bedingungslos sozialistischen Unabhängigen mehr eingenommen als für die lauen Gefolgsleute Scheidemanns, und es vollzog sich ein Massenabfall von der alten Partei zur neuen. Deren Führer wurden rasch die Vertrauensleute des großstädtischen Proletariats, und die alte Partei fühlte, wie ihr der Boden unter den Füßen schwand. Um sich einigermaßen zu halten und wenigstens den Anschein der Massengeförschaft zu retten, mußte sie in demagogischen Wettbewerb mit den Unabhängigen treten. So wurden ihr die Gesetze ihres politischen Handelns von jenen vorgeschrieben und besonders Scheidemann tat nichts, ohne nach den gefährlichen Nebenbuhlern von der alleräußersten Linke zu schielen. Hierdurch wurde dieser an sich Unwahrhaftige doppelt unwahrhaftig — ein Führer, der gar nicht nach eigenen Überzeugungen handeln konnte sondern sich den Rücksichten unterwarf, die ihm die gefürchtete Nebenbuhlerschaft der Unabhängigen aufzwang. In welcher Richtung dies wirkte, kann man ermessen, sobald man hört, daß die neue Partei schlecht-hin von Juden geleitet wurde.

Draußen im Felde Heldentum über alles geschicktlich überlieferte Heldentum — in der Heimat aber erbärmliche Kleinheit; draußen Führer von überragender Größe — in der Heimat aber ein Bethmann Hollweg im Bunde mit Erzberger und Scheidemann, in Wahrheit in ihren Banden!

Das Zusammenwirken dieser drei Reichsverderber spann sich, von freundlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten in Einzelfällen abgesehen, bis ins Frühjahr 1917 weiter, was bei der Nachgiebigkeit des Reichskanzlers nicht erstaunlich ist. Allmählich aber wurde den beiden

Demagogen die Verbindung mit einem von so ausgesprochenem und fortgesetzten Mißgeschick verfolgten Kanzler unheimlich; was er zu vergeben hatte, hatte er vergeben, und in der U-Bootfrage hatte er sich den Horde rungen der militärischen Führer und der völkischen Kreise gefügt. Die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten war erfolgt; außenpolitisch hatten sich die Nachschläge gehäuft; in den Zensurfragen konnte Bethmann Hollweg der Sozialdemokratie nicht ganz nach Willen sein, weil dies am Wider stand der militärischen Stellen scheiterte, und das „parlamentarische System“ durfte er auch nicht zugestehen. So wurde er den Sozialdemokraten gleich gültig — Erzberger aber erblickte in ihm sogar ein Hindernis für den von ihm erstrebten Frieden, weil Bethmann Hollweg mit den Kriegserklärungen an Russland und Frankreich und mit dem „Unrecht an Belgien“ belastet erschien. Auf diese Art geriet der Kanzler in Gefahr, zumal da der Zentrumsdemagog mit der ganzen Skrupellosigkeit, die solchen Menschen eigen ist, an die Ausführung seines Planes ging; der spätere Versuch des Kanzlers, sich durch das dem Kaiser abgerungene Zugeständnis des gleichen Wahlrechts für Preußen zu halten, konnte ihn nicht retten, da die Führer der Massenparteien keinen Grund mehr hatten sich für ihn zu bemühen, nachdem er mit dem Wahlrechtserlaß das letzte aus der Hand gegeben hatte.

So lagen die Dinge, als Erzbergers Plan, eine große politische Unternehmung einzuleiten, zur Verwirklichung reiste. Daz er seit langem auf den Verzicht gestimmt war, ist oben gesagt. Nun wollte er durch seine Verbindungen in Österreich die Überzeugung gewonnen haben, daß dieser Bundesgenosse vor dem Zusammenbruch stehe; er schloß, daß dies den Zusammenbruch des Vierbundes nach sich ziehen werde und übernahm vordringlich, eitel und verblendet das Amt eines Retters des Vaterlandes. Im April 1917 hatte er in Wien auf unrechtmäßige Weise ein geheimes Schreiben des Außenministers Grafen Ottokar Czernin an seinen Herrscher kennen gelernt, in dem dieser die innere Lage Österreich-Ungarns als sehr ernst, ja verzweifelt schil derte; inhaltlich war dieses Schreiben, das den Zusammenbruch der Monarchie ankündigte, falls nicht vor dem Winter der Krieg beendet sei, für die deutsche Oberste Heeresleitung bestimmt, machte auf sie aber nicht den vom Verfasser beabsichtigten Eindruck. Denn man erkannte seine Ausführungen als übertrieben und hielt an der Meinung fest, daß der Krieg mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden könne. Anders aber Erzberger. Er nahm nicht nur den Inhalt jenes Geheimschreibens als durchaus zutreffend an, sondern er benutzte ihn ohne Wissen des Grafen Czernin und unter Bruch des Geheimnisses für seinen Zweck der Friedensstiftung, der in Wahrheit auf hochverräterische Wichtigtuerei hinauslief. Zunächst gab er von dem Inhalt bei der ersten Gelegenheit seinen Parteifreunden Kenntnis, dann benutzte er ihn im Reichstag anderen Abgeordneten gegen

über und schließlich im Hauptausschuß des Reichstags: überall erzielte er bei Urteilslosen den Erfolg tiefer Entmutigung; wer freilich die Lage in Österreich wirklich kannte und kaltblütig beurteilte, ließ sich nicht verblüffen. Über dies in solcher Zeit hochverräterische Treiben hinaus wird Erzberger ernsthaft beschuldigt, dem Ausland auf dem Umweg über seine klerikalen Beziehungen in der Schweiz Gelegenheit geboten zu haben, das Czerninsche Geheimschreiben kennen zu lernen, und bei den Feinden wirkte es, spätestens im Juni 1917 bekannt geworden — leicht begreiflich — ermutigend und anfeuernd. In England und Frankreich war man durch die von ungeheuren Verlusten begleiteten militärischen Misserfolge schwankend geworden, und in London wie in Paris kam die Neigung auf, die ersten Schritte wegen der Beendigung des Krieges zu tun. Da erhielt man Kenntnis von dem Inhalt des Czerninschen Schreibens — und die Zuversicht war wieder hergestellt, der Wille zur Fortführung des Krieges neu gestärkt.

Der vielgeschäftige Erzberger spann seine Fäden; zur selben Zeit ließ er der römischen Kurie den Vorschlag vermitteln, der Papst möge eine Friedensbotschaft an die kämpfenden Mächte erlassen, in der er eine Verständigung „ohne Landerwerb und Entschädigungen“ empfahl, und nun bearbeitete er selbst die seinen Machenschaften zugänglichen Parteien des Reichstags dahin, die Friedensbereitschaft des deutschen Volkes auf der Grundlage des Verzichts in feierlicher Entschließung kundzugeben. Anfangs Juli hatten sich diese Bemühungen den Volksvertretern gegenüber so weit verdichtet, daß der Reichstagsausschuß damit besetzt wurde; die Konservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen verhielten sich — von geringen Ausnahmen abgesehen — selbstverständlich ablehnend und erkannten die Gefahr, in die das Vaterland im Halle der Annahme des Erzbergerschen Vorschages gebracht werde; auch die Regierung bekämpfte den Vorschlag; die Mehrheitsparteien stimmten ihm zu, nachdem sein Urheber den größeren Teil des Zentrums für sich gewonnen hatte. Damals glich der Reichstag einer politischen Hexenküche — man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die Sozialdemokraten um diese Zeit die Einführung des „parlamentarischen Systems“ verlangten, daß ihr Führer Scheidemann im Halle der Fortführung des Krieges über die Verteidigung hinaus den Umsturz ankündigte, und daß der unter seinem Vorsitz tagende Verfassungsausschuß gegen die Befehlsgewalt Sturm lief. Seit dem 15. Mai, wo Bethmann Hollweg sich zuletzt über das Kriegsziel der Regierung — zweideutig wie immer — geäußert hatte, war auch die bürgerliche Mehrheit für das Verlangen der Machtweiterleitung im Halle des deutschen Sieges auseinandergefallen, weil die Zentrumsmehrheit unter Erzbergers Führung geraten war — die erste greifbare Folge des Missbrauches, den er mit Czernins Geheimschreiben getrieben hatte.

Man kann sich schwer einen Begriff von der Zerfahrenheit und Überreizung der Volksvertreter machen; ihre an sich unzulängliche politische Urteilsfähigkeit war ganz aufgehoben, nicht aber ihr Machthunger. Und dieses Durcheinander wurde noch gesteigert durch den gleichzeitig tobenden Kampf um die Person des Kanzlers, der an alledem die Hauptschuld trug. Die Oberste Heeresleitung hatte sehr bald, nachdem Hindenburg und Ludendorff ihre Ämter angetreten hatten, erkannt, daß Bethmann Hollweg ein Hindernis des deutschen Endsieges sei; sie, die mit dem besten Willen gekommen waren mit ihm in Frieden zusammenzuarbeiten, hatten einsehen müssen, daß dies unmöglich sei. Der unhaltbar gewordene Zustand der Heimat, die Erfahrungen, die sie in so wichtigen Fragen wie derjenigen der Polenpolitik, des Unterseebootkrieges, des Hilfsdienstgesetzes gemacht hatten, die Rüdwirkungen, die von der zermürbten Heimat nach der Front gingen — alles dies brachte sie zu dem Entschluß, den Kaiser vor die Wahl zu stellen, entweder Bethmann Hollweg zu entlassen oder auf ihre Dienste zu verzichten. In diesem Sinne wurden sie beim Obersten Kriegsherrn vorstellig; ihnen schloß sich der Kriegsminister von Stein an. Die Parteien der Rechten waren längst überzeugt, daß dieser Kanzler dre Totengräber des Reiches und des Kaiserthums sei; leider hatten sie ihn nicht mit der Rücksichtslosigkeit bekämpft, die die Not des Vaterlandes gebot. Jetzt erklärten sie dem Vorsteher des Zivilkabinetts, der als Vertrauensmann des Kaisers die Meinung der Parteien erfragte, daß der Rücktritt Bethmann Hollwegs unvermeidbar sei. Und nun geschah das Eigenartige: das Zentrum, bisher des Kanzlers festste Stütze, schloß sich dieser Ansicht an — aus anderen Gründen freilich; aber auch es verlangte seine Beseitigung. Erzbergers Weisheit erblickte in der Person Bethmann Hollwegs ein Friedenshindernis, weil die Feinde mit dem Urheber der Kriegserklärungen an Russland und Frankreich nicht würden verhandeln wollen. So gab er faltherzig, ja heimtückisch den Mann preis, der ihn hatte groß werden lassen. Die Freisinnigen hielten an Bethmann Hollweg fest, die Sozialdemokraten taten weder etwas für noch gegen ihn.

In solchem Wirrwarr berief der Kaiser einen Kronrat; Kronprinz Wilhelm, der Feldmarschall und der erste Generalquartiermeister kamen nach Berlin. Unzweideutig beharrten Hindenburg, Ludendorff und Stein auf ihrem Vorschlag, der auch der Ansicht des Thronerben entsprach; dieser hatte längst die Gefährlichkeit des Kanzlers erkannt und bei seinem Vater wiederholt, aber erfolglos dessen Entlassung erbeten. In seiner frankhaft gewordenen Entschlußlosigkeit hoffte der Kaiser, Bethmann Hollweg halten zu können — aber die Bestimmtheit der drei Generale, die Kundgebungen der Parteien ließen keinen anderen Ausweg mehr zu: der Kanzler reichte sein Entlassungsgesuch ein, das am 14. Juli 1917 unter sehr unverdientem wärmsten Danke Wilhelms des Zweiten bewilligt wurde.

Drei Tage vorher noch hatte der Unselige seinen König zum Versprechen des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu bestimmen gewußt — nun war er endlich, endlich von der Stelle verdrängt, an die ihn des Kaisers mangelnde Menschenkenntnis berufen und unverantwortlich lange gehalten hatte.

Auf den Tag acht Jahre lang war Theobald von Bethmann Hollweg deutscher Reichskanzler gewesen, und er hat es fertig gebracht, diese lange für das deutsche Volk entscheidend gewordene Zeit zu einer einzigen Kette schwerster Fehler und Misserfolge zu gestalten. Von der reichsländischen Verfassungsvorlage, die die deutschfeindlichen Bestrebungen in Elsaß-Lothringen und die Racheflust Frankreichs von neuem belebte, bis zum Wahlrechtsversprechen vom 11. Juli 1917 —: ein Weg inner- und außerpolitischer Niederlagen. Er führte über das marokkanische Abenteuer, das die Franzosen der englischen Bundesgenossenschaft versicherte und geradezu eine Aufforderung zum Kriege wurde, über die Verständigungsverhandlungen mit England und die ihnen folgende Einschränkung der Flottenvorlage, über den unzureichenden Ausbau des deutschen Heeres in höchst gefährdrohender Zeit, zum Kriege, der das deutsche Reich politisch vollkommen unvorbereitet, militärisch und wirtschaftlich aber unzulänglich gerüstet fand. Der Mann, der dies alles zu verantworten hatte, verzögerte die deutsche Mobilisierung um kostbare Tage, gab schwankenden Bundesgenossen die Möglichkeit sich ihren Verpflichtungen zu entziehen, indem er ganz ohne Not den Kaiser zur Kriegserklärung an Russland und Frankreich veranlaßte, und eröffnete die politische Kriegsführung seines Vaterlandes mit dem verderblichen Worte von dem deutschen Unrecht gegen Belgien.

Im Kriege selbst war er es, der den vaterländischen Auffschwung dämpfte, den Siegeswillen erstickte, die staatsfeindlichen Richtungen stärkte. Seine Tätigkeit haben wir in den großen Umrissen verfolgt, die dies Buch erlaubt, und kommen zu dem Schluß, daß niemals ein großes Volk in entscheidungsvoller Zeit so unglückselig mißleitet wurde, wie das deutsche von Bismarcks viertem Nachfolger.

Läßt man alles beiseite, was er vor dem Kriege gefehlt und ver säumt hatte — der Krieg machte ihm die Hände frei von der Vergangenheit. Der durch das Kriegsrecht geschaffene Zustand bot ihm Gelegenheit innerpolitisch gut zu machen, was in der nachbismarckischen Zeit verfehlt worden war. Der Mann, der das deutsche Reich in solcher Zeit, unter solchen Umständen zu betreuen hatte, konnte selbstherrlich schalten und walten, wie es ein Bismarck niemals gekonnt hatte. Der Krieg hatte alle guten Kräfte der Volksseele wieder geweckt. In stürmischer Begeisterung bekannten sich die Deutschen dieser Tage zu Volk und Vaterland, zu Kaiser und Reich.

Und was ist aus alledem geworden?

Zur Erklärung dieses Hurchtbaren reicht der Satz nicht aus, der aus

Bethmann Hollwegs Umgebung stammt, daß das gute Mittelmaß das Schicksal der Völker zu bestimmen habe, daß die deutsche Reichsleitung danach eingerichtet gewesen sei und daß sie an der ungeheuren Größe der Arbeit Schiffbruch gelitten habe. Ein mittelmäßiger Kanzler von Instinkt, Willen und Ausdauer hätte wahrscheinlich das Letzte nicht herausholen können, was die Zeit für das deutsche Volk bereit hielt — aber er hätte es nach außen zum Sieg geführt. Diesem Kanzler aber fehlte nicht nur alles zur Größe — es mangelte ihm an den grundlegenden Eigenschaften politischer Begabung, und so mußte er unheilvoll wirken.

Daß der jeder Einwirkung durch Einsichtige unzugängliche Mann nicht von selbst erkannte, wie ungeeignet er an sich und zumal in solcher Zeit zu seinem Amte war, ist schwere persönliche Schuld. Aber wer gerecht ist, wird erkennen, daß die Schuld derer, die ihn im Amte hielten oder sein Verbleiben zuließen, noch größer ist. In sie teilen sich der Kaiser, der mit unfaßbarer Verblendung an diesem Berater festhielt; die Bundesfürsten, von denen mindestens einige die Verderblichkeit Bethmann Hollwegs erkannten, ohne Ernstes dagegen zu unternehmen; die einzelstaatlichen Regierungen, die stumpf und willenlos dem Verhängnis zuschauten; die Volksvertreter, die ihm teils aus Eigensucht, teils aus ihrer Unzulänglichkeit heraus folgten, oder die, soweit sie klar sahen, nicht den Entschluß zu rücksichtsloser Befämpfung aufbrachten; endlich die Presse aller Schattierungen, die ihn aus den verschiedensten Beweggründen verteidigte, und das Bürgertum, das ohne Meinung und Rüdgat dem Inhaber der Macht nachhetzte. Alles, was Bethmann Hollwegs sachliche Gegner wider ihn vorgebracht haben, ist durch die Entwicklung bestätigt worden — es ist damals ohne Wirkung geblieben, und der Kampf um seine Person nahm durch die Schuld seiner Verteidiger einen Verlauf, der die innere Einheit der Deutschen in schwerster Zeit zerriß. Es war schlimm, daß sie dabei gewohnheitsmäßig mit allen Mitteln der Unwahrhaftigkeit verfuhrten — schlimm auch, daß sich in der nächsten Umgebung des Kaisers Leute fanden, die die Wahrheit von ihm fernhielten.

Trostlos schließlich war das Verhalten des Volkes, wenn man für das öffentliche Urteil das Verhalten der Reichstagsmehrheit zum Kanzler maßgebend sein lassen will: wenn immer er eine seiner „großen“ Reden hielt, jubelten ihm diese Leute zu; keine platte Alltäglichkeit, die nicht als Richtschnur der „Neuorientierung“, keine Kundgebung von Willensschwäche und Unentschlossenheit, die nicht als weises staatsmännisches Maßhalten gepriesen wurde. Jeder Reichstagszug des Kanzlers war eine Niederlage der vaterländischen Sache, wurde aber dem Kaiser gegenüber als Beweis der Volkstümlichkeit seines ersten Beraters hingestellt.

So wurde es möglich, daß Bethmann Hollweg bis unmittelbar vor der

Erzberger-Entschließung im Amte bleiben konnte. Als er schied, hinterließ er das Vaterland in trostlosem Zustande der Auflösung, soweit die Heimat in Betracht kam. Nach außen aber standen seine Heere an allen Fronten siegreich und siegesgewiß.

Noch konnte das deutsche Reich gerettet werden, wenn ein starker Mann berufen wurde, dieses Kanzlers Erbschaft zu bereinigen.

Ins vierte Kriegsjahr.

Während in der Heimat die kleinen Menschen in der Regierung, im Reichstag und in der ihnen gesinnungsverwandten Presse — immer noch über den wahren Willen der Feinde ihres Vaterlandes im Unklaren — von Verständigung sprachen und schrieben, ging im Westen der Kampf mit einer Zähigkeit und Opferbereitschaft der Franzosen und Engländer weiter, die eigentlich jeden nicht ganz Verblendeten endlich darüber hätten aufklären müssen, daß jene die rücksichtslose Durchführung des Krieges planten, die Vernichtung des deutschen Reiches erstrebten und von Verständigung nichts, aber auch gar nichts wissen wollten. Unermüdlich folgte nach Beginn des vierten Kriegsjahrs ein feindlicher Angriff dem anderen. Am 15. August begann die zweite große Schlacht in Flandern; am 20. griffen die Franzosen bei Verdun an. Diese Kämpfe gingen auch durch den Oktober und November fort. Einen größeren Erfolg erzielte Heldenmarschall Haig bei Cambrai, indem er die Deutschen dadurch überraschte, daß er nicht nach langem Trommelfeuer sondern in schnellem Vorgehen angriff; doch auch diese Erfolge gingen bei dem deutschen Gegenstoß am 30. November und 1. und 2. Dezember wieder verloren. Am 15. Dezember stellte der amtliche deutsche Bericht fest, daß nach viermonatlicher Dauer und 16 Schlachten die Angriffe der Engländer in Flandern als gescheitert betrachtet werden könnten.

Wiederum hatten die deutschen Kämpfer Unvergleichliches geleistet.

General Brussilows erneute Angriffe im Frühsommer 1917 hatten die deutsche Oberste Heeresleitung zu dem Entschluß gebracht, sich im Osten durch volle Zertrümmerung der russischen Macht freie Hand zu schaffen. Unter dem Oberbefehl des Prinzen Leopold von Bayern hatte am 19. Juli ein kräftiger Angriff bei Zloczow stattgefunden, der die russischen Linien zerschlagen und durchbrochen hatte. Schon nach drei Tagen war das 35 km hinter der Front befindliche Tarnopol genommen. Der enttäuschte Machthaber Kerensky setzte den bisherigen Oberfeldherrn Brusilow ab und berief General Kornilow an seine Stelle. Dieser versuchte vergebens noch einmal einen Angriff auf der ganzen Front. Bei Dünaburg wurden sechs russische Divisionen, bei Smorgon deren acht, welche die Deutschen angriffen, vollkommen zertrümmert und am 26. Juli fiel